

# Solidarität der evangelischen Kirchen mit Israel und Palästina?

## Eine Stellungnahme der Solidarischen Kirche im Rheinland

### 1. Der Staat Israel – ein „Zeichen der Treue Gottes“ ?

Die Evangelische Kirche im Rheinland (EKiR) bekräftigte 1980 mit ihrem Synodalbeschluss nicht nur ihre Verbundenheit mit dem Judentum, sondern auch mit dem Staat Israel, der 1948 unter dem Eindruck der Naziverbrechen gegründet wurde und sich in seiner Unabhängigkeitserklärung verpflichtet hatte, die UN-Charta zu respektieren.

Im selben Jahr beschlossen die UN die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Für die evangelischen Kirchen in Deutschland ist die Frage nach den Menschenrechten und nach dem Völkerrecht weithin kein Kriterium, wenn es um Israel/Palästina geht. So auch für Gerhard Gronauer, der die Stellung des deutschen Protestantismus zum Staat Israel seit 1948 untersuchte.<sup>1</sup> Seine Fragestellung und seine Kriterien laufen darauf hinaus, ob sich die Kirche proisraelisch oder propalästinensisch geäußert hat. Der ehemalige Bundesverfassungsrichter und Kirchentagspräsident Helmut Simon sprach mehrfach von „Rechtsvergessenheit im Protestantismus“<sup>2</sup>.

Beispielhaft für diese Rechtsvergessenheit ist der Rheinische Synodalbeschluss, wonach die Errichtung des Staates Israel sowie dessen fortdauernde Existenz „Zeichen der Treue Gottes“ seien, so wie Karl Barth die Geschichte des Judentums ein „Zeichen der Treue Gottes“ nannte<sup>3</sup>. Auch die EKD-Studie *„Gelobtes Land? Land und Staat Israel in der Diskussion“* (2012) bekennt sich am Schluss dazu, dass man die Gründung des Staates Israel als ein „Zeichen der Treue Gottes“ deuten könne.<sup>4</sup> Das hätte allerdings zur Folge, dass die Vertreibung von 750.000 Palästinensern (Nakba) ein von Gott legitimes Handeln gewesen wäre. Peter Bingel und Winfried Belz sind einer theologisch und politisch unverantwortlichen Gleichsetzung von biblischem Volk Israel mit dem Staat Israel entgegengetreten.<sup>5</sup>

Obwohl 1980 der völkerrechtswidrige sogenannte Siedlungsbau bereits in vollem Gange war, äußerte sich die Synode dazu in ihrem Beschluss mit keinem Wort. Auch in der EKiR-Erklärung „Den Synodalbeschluss weiterdenken“ (2008) findet sich dazu nichts grundlegend Neues, obwohl sich inzwischen die Palästinenser 1988 in der ersten und 2000 in der zweiten Intifada gegen die israelische Besatzung erhoben hatten.

Im Dezember 2009 veröffentlichten palästinensische Christinnen und Christen die Kairos-Erklärung: *Die Stunde der Wahrheit. Ein Wort des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung aus der Mitte des Leidens [!] der Palästinenser und Palästinenserinnen*. Sie folgt im Aufbau dem Schema ökumenischer Ethik: Sehen (Realität der Besatzung) – Urteilen (Glaube, Hoffnung, Liebe) – Handeln (Aufforderung an Christen, Muslime, Juden, Weltgemeinschaft zur Solidarisierung durch Boykott, Deinvestment und Sanktionen).

Statt diesen Hilferuf ernst zu nehmen und die Frage zu beantworten, in welcher Weise die deutschen Kirchen bereit sind, die PalästinenserInnen bei ihrem Existenzkampf zu unterstützen,

---

<sup>1</sup> G. Gronauer, *Der Staat Israel im westdeutschen Protestantismus. Wahrnehmungen in Kirche und Publizistik 1948-1972*, Göttingen 2013.

<sup>2</sup> A. und U. Röse, Helmut Simon. *Recht bündigt Gewalt*, Berlin 2011

<sup>3</sup> K. Barth, *Die Kirchliche Dogmatik. Von der Lehre der Schöpfung. III/3*, Zollikon-Zürich 1950, 225. 231. 238. 241.

<sup>4</sup> *Gelobtes Land? Land und Staat Israel in der Diskussion*, Hg. EKD, Gütersloh 2012, S. 108.

<sup>5</sup> P. Bingel/ W. Belz, *Israel kontrovers. Eine theologisch-politische Standortbestimmung*, Zürich 2013.

kritisierte die EKD, die sich einer Stellungnahme der Evangelischen Mittelost-Kommission (EMOK) anschloss, das Dokument theologisch, ohne die befreiungstheologische Dimension dieser Erklärung zu würdigen.

Anders dagegen die Stellungnahme des Theologischen Arbeitskreises in Ostfriesland (Emden 31.1. 2013): *Neige deine Ohren zu mir, höre meine Rede!*“ (Ps 17,6). *Zum Umgang mit dem Kairos-Dokument der Christinnen und Christen in Palästina*<sup>6</sup>.

Die EKIR gab 2011 statt einer Erklärung zum Kairos-Dokument einen „Diskussionsimpuls zur Lage in Israel/Palästina“ heraus, in dem sie ausdrücklich an ihrem Beschluss von 1980 festhält. Anders als die palästinensischen Christen und Christinnen setzt sie nicht kontextuell bei der Realität der Besatzung ein, sondern beginnt mit dem fundamentalen theologischen Grundsatz, dass die „fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israel“ sowie seine „fortdauernde Existenz ... Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sind“. Sie folgert daraus, dass wir zur Solidarität mit dem Staat Israel verpflichtet seien, die dann differenzierter beschrieben wird.

Bei den Stellungnahmen der Landeskirchen zu dem Dokument, die der EKD-Erklärung ähnlich sind, ist besonders misslich, dass sie in der Regel von den Beauftragten für christlich-jüdischen Dialog verfasst wurden, obwohl 98 % der Palästinenser Muslime sind.

In Israel/Palästina und besonders in Jerusalem treffen drei Religionen zusammen.

Daher ist es schwierig, sich in diesem Konflikt auf Heilige Schriften einer Religion zu beziehen oder eine der Konfliktparteien mit religiösen Begründungen zu unterstützen.

Darüber hinaus ist unübersehbar, dass der Israel/Palästina-Konflikt ein Kampf um das Land ist und nicht eine religiöse Auseinandersetzung. Erst in den letzten Jahrzehnten, als der Zionismus nach 1967 immer mehr religiöse Formen annahm, wurde von israelischer Seite der religiöse Aspekt in den Vordergrund gestellt.

Auch in ihrem Synodalbeschluss vom Januar 2016 zur Anerkennung eines palästinensischen Staates, der ein Schritt nach vorn ist, thematisiert die EKIR weder die andauernde Besatzung mit den vielfältigen dazu gehörenden Menschenrechtsverletzungen noch die Enteignung palästinensischen Landes oder den Bau der Sperranlage (Mauer) und den Siedlungsbau.

## **2. Doppelte Solidarität?**

Uwe Gräbe, Referatsleiter in der Evangelischen Mission in Solidarität (EMS) Stuttgart, setzt sich für eine doppelte Solidarität mit Israel und Palästina zugleich ein und beschreibt damit die Haltung der EKIR.<sup>7</sup> Wie ist eine Solidarität sowohl mit den Besatzern als auch mit den Besetzten möglich - mit dem Staat Israel, der hochgerüstet mit Kampfjets, Panzern und Drohnen Land entschädigungslos konfisziert, und zugleich mit den Palästinensern, denen das Land geraubt wird und die versuchen, sich mit Steinen und selbstgebauten Raketen zu wehren?

Die deutsche Bundesregierung praktiziert auf ihre eigene Weise eine doppelte Solidarität. Sie liefert Waffen an Israel, teilweise aus Steuermitteln, und finanziert Hilfsprojekte für die Palästinenser in den besetzten Gebieten. Ist eine doppelte Solidarität am Ende nichts anderes als ein feiges Sowohl-

---

<sup>6</sup> [kairoseuropa.de/wp-content/.../Aufruf\\_Theologischer\\_Arbeitskreis\\_Ostfriesland.pdf](http://kairoseuropa.de/wp-content/.../Aufruf_Theologischer_Arbeitskreis_Ostfriesland.pdf). - Vgl. G. Dilschneider/ R. zur Nieden/ W. Wille/ W. Wittrock: Wenn ein Glied leidet – leiden alle Glieder mit? Eine Argumentationshilfe zum KAIROS-PALÄSTINA-Dokument, Berlin 2013, S. 30. 81

<sup>7</sup>

[http://www.evpfalz.de/akademie\\_typo3/fileadmin/user\\_upload/akademie/dateien/programm/Israel\\_Referat\\_Graebe\\_22.06.13.pdf](http://www.evpfalz.de/akademie_typo3/fileadmin/user_upload/akademie/dateien/programm/Israel_Referat_Graebe_22.06.13.pdf)

als-auch? In der Welt der Diplomatie mag eine solche Haltung manchmal unumgänglich sein. Wenn es aber in der Kirche um Wahrheit und Gerechtigkeit geht, kann ein solches Lavieren kein ethisch verantwortbarer Weg sein.

Von Desmond Tutu stammt das Dictum: „Wenn du dich in Situationen der Ungerechtigkeit neutral verhältst, hast du dich auf die Seite des Unterdrückers gestellt.“ Im Blick auf kirchliche Dialog- und Friedensgruppen, die sich in Israel/Palästina engagieren, sei daran erinnert, dass er die Wahrheits- und Versöhnungskommission in Südafrika erst begann, nachdem die staatliche Apartheid aufgehoben worden war. Martin L. King war nicht bereit, die Busstreiks in Alabama aufzugeben und mit weißen Vermittlern zu verhandeln, solange das Apartheidsystem fortgesetzt wurde.

Voraussetzung für Frieden und Versöhnung ist Gerechtigkeit, d.h. im besetzten Palästina das Ende der Besatzung. Ohne Gerechtigkeit kein Friede, das weiß die Bibel. Die biblische Gerechtigkeit ist nicht die römische *Justitia* mit verbundenen Augen, sondern eine helfende Gerechtigkeit, die den Unterdrückten zu ihrem Recht verhilft.

Wenn die Kirche ihren Friedensauftrag ernst nimmt, müssen ihr Kompass in diesem internationalen Konflikt die Menschenrechte und das Völkerrecht sein, insofern diese der biblischen Botschaft von Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden entsprechen, aber zugleich über die einzelnen Religionen hinausweisen.<sup>8</sup> Die Menschenrechte und das Völkerrecht, zu deren Einhaltung uns das Grundgesetz verpflichtet (Art.1, Art. 25), sind nicht etwas Abstraktes, sie sind nur so viel wert, wie sich Politik und Zivilgesellschaft, auch die Kirche, für ihre Durchsetzung einsetzen.

Sind für die Kirche die Menschenrechte und das Völkerrecht Orientierungspunkte, dann kann sie nicht anders als sich auf die Seite der Palästinenser zu stellen, deren Rechte seit Jahrzehnten massiv verletzt werden, wie Dutzende von UN-Resolutionen, der Internationale Gerichtshof (9.7. 2004), der UN-Menschenrechtsrat, UNICEF, Amnesty International und sogar das Internationale Komitee vom Roten Kreuz öffentlich wiederholt festgestellt haben.

Dietrich Bonhoeffer schrieb: „Die Kirche ist den Opfern jeder [!] Gesellschaftsordnung in unbedingter Weise verpflichtet, ....“<sup>9</sup>

### **3. Boykott, Desinvestment und Sanktionen ( BDS )**

In der Kairos-Erklärung von 2009 rufen die palästinensischen Christen und Christinnen die Kirchen der Welt dazu auf, sich durch Boykott und Investitionsentzug für die Rechte der Palästinenser einzusetzen. 2005 hatten während des Weltsozialforums in Porto Alegre mehr als 170 Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft den BDS-Aufruf unterstützt.

Aufrufe zum Boykott von Waren aus den völkerrechtlich illegalen Siedlungen waren schon seit Ende der 80er Jahre von israelischen(!) Friedens- und Menschenrechtsorganisationen.<sup>10</sup> gekommen.

---

<sup>8</sup> Vgl. F. Crüsemann, Maßstab: Tora. Israels Weisung für christliche Ethik, Gütersloh 2003, 148ff. Schon Amos zeigt Ansätze zu einem Völkerrecht, das über Israel hinausgreift (Amos, 1,3 – 3,2).

<sup>9</sup> Zitiert in E. Bethge, Dietrich Bonhoeffer. Eine Biographie, München 1967, S. 324. Die dänischen lutherischen Bischöfe riefen in einer Kanzelabkündigung im Oktober 1943 zum Widerstand gegen eine Deportation von Juden nicht mit der Begründung auf, dass die Juden das auserwählte Volk seien, sondern weil ihre Deportation „in krassem Gegensatz zu den Werten der Humanität und der Nächstenliebe“ steht. (zitiert von P.G. Schönborn: Kaj Munk, Dietrich Bonhoeffer, Oscar Romero. Politische Märtyrer in der Nachfolge Jesu, in: Transparent 9/1995, S. 16)

<sup>10</sup> Matzpen (1988), Gruppe „Das 21. Jahr“ (1988), Gush Shalom (1997), Fünfunddreißig Israelis/Juden“ (2001), Initiative der Akademiker (2002).

Auch jüdische Organisationen wie *Jewish Voice for Peace* in den USA, *Peace Now* in Israel<sup>11</sup>, jüdische Organisationen in Europa, darunter auch die deutsche Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V. unterstützen die BDS-Bewegung.

Darum ist es unsinnig, die Boykottbewegung mit dem Aufruf der Nazis gleichzusetzen: „Kauft nicht bei Juden!“ Die Nazis wollten mit ihrem Boykottaufruf den Juden in Deutschland die ökonomische Existenz nehmen, ehe sie ihnen später die physische Existenz raubten. Dagegen ist die heutige Boykottkampagne darauf gerichtet, den Palästinensern zu ihren Menschenrechten zu verhelfen. Sie ist gewaltfrei, und sie ist demokratisch, weil sich jeder und jede daran beteiligen kann.

Die Forderungen der BDS-Bewegung werden immer mehr erfüllt. So hat bereits 2010 der Europäische Gerichtshof festgestellt, dass Produkte aus den Siedlungen nicht unter das EU-Präferenzabkommen fallen (Az: C-386/08). 2013 hat der Bundesgerichtshof diese Entscheidung (Az: VII R 6/12) und am 11.11.2015 die EU mit einer *Interpretative Note* diese Rechtsauffassung bestätigt.<sup>12</sup> Dabei geht es nicht nur um eine Frage der Etikettierung, sondern auch der Kontingentierung von Waren.

Auch in den Kirchen wird der Hilferuf der Palästinenser mehr und mehr gehört. Im Mai 2015 erinnerte Desmond Tutu in einem Schreiben an den Kirchentag die Christen in Deutschland an das Kairos-Dokument und forderte sie auf, sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung nicht länger zum Unrecht schweigt, sondern konkrete Schritte unternimmt, damit die Palästinenser von der Apartheid befreit werden. Der ÖRK empfahl 2009 einen Boykott von Firmen, die an der Lieferung von Sicherheitssystemen für israelische Siedlungen verdienen. Zahlreiche Kirchen der Ökumene haben sich auf verschiedene Weise durch Investitionsstopp oder Boykott unmissverständlich der BDS-Bewegung angeschlossen, so die Presbyterianische Kirche und die United Church of Christ in den USA<sup>13</sup> und christliche Hilfsorganisationen aus Norwegen Großbritannien, Irland, Dänemark, Schweden, Finnland und den Niederlanden.<sup>14</sup> Die Reformierte Kirche in Schottland ist von ihrer früheren Unterstützung Israels abgerückt und tritt nun auch für Boykottmaßnahmen ein.<sup>15</sup> Die gemeinsame Konferenz von US-Kirchen und palästinensischen Kirchen am 19./20. 4. 2016 im Carter-Center in Atlanta rief zwar nicht zu BDS auf, jedoch zu einem verstärkten Einsatz für die Rechte der Palästinenser, die seit fast 50 Jahren unter der israelischen Besatzung leiden. Die deutsche Sektion von Pax Christi ruft mit der Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ dazu auf, keine Produkte aus israelischen Siedlungen zu kaufen. Die Solidarische Kirche im Rheinland hatte

---

<sup>11</sup> <http://peacenow.org/page.php?id=3408>

<sup>12</sup>

[http://eeas.europa.eu/delegations/israel/documents/news/20151111\\_interpretative\\_notice\\_indication\\_of\\_origin\\_of\\_goods\\_en.pdf](http://eeas.europa.eu/delegations/israel/documents/news/20151111_interpretative_notice_indication_of_origin_of_goods_en.pdf)

<sup>13</sup> [http://www.ucc.org/news\\_general\\_synod\\_israel\\_palestine\\_resolution\\_06302015](http://www.ucc.org/news_general_synod_israel_palestine_resolution_06302015).  
[https://en.wikipedia.org/wiki/Presbyterian\\_Church\\_%28U.S.A.%29\\_disinvestment\\_from\\_Israel\\_controversy](https://en.wikipedia.org/wiki/Presbyterian_Church_%28U.S.A.%29_disinvestment_from_Israel_controversy)

<sup>14</sup> 352 kirchliche und nichtkirchliche europäische Gruppen haben eine Petition gegen die Kriminalisierung von BDS unterzeichnet: <http://bds-kampagne.de/2016/05/18/es-reicht-schluss-mit-der-kriminalisierung-der-bds-bewegung-fuer-gerechtigkeit-in-palaestina-lasst-uns-das-recht-auf-bds-unterstuetzen/>

<sup>15</sup> <http://mondoweiss.net/2013/05/scotland-controversial-israelpalestine/>

sich 2012 diesem Aufruf angeschlossen<sup>16</sup> und muss heute feststellen, dass er mehr und mehr an Dringlichkeit gewinnt.

Köln, am 6. Juli 2016

---

<sup>16</sup> Siehe dazu: Brennpunkt Israel – Die weltweit wachsende Boykott-Bewegung. - Eine Anregung der Solidarischen Kirche im Rheinland ( [www.solidarischekirche.de](http://www.solidarischekirche.de) )